

Informationsvorlage

Nr. GR/077/2013

Aktenzeichen	902.4113; 022.39	Datum: 10.06.2013
Federführendes Amt	Kämmereiamt	
Amtsleiter/in	Ulrich Landwehr	Tel.: 07261 404-340

Gremium	Behandlung	Datum	Status
Gemeinderat	Kenntnisnahme	25.06.2013	öffentlich

Beratungsgegenstand:

Haushaltswirtschaft der Stadt in den Jahren 2012 - 2016 Finanzzwischenbericht

Ergebnis:

Der Gemeinderat nimmt den Finanzzwischenbericht über die Haushaltswirtschaft der Stadt für die Jahre 2012 – 2016 zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Mit diesem Zwischenbericht möchte das Kämmereiamt auf Grundlage der derzeit vorliegenden Daten und Fakten – insbesondere auch über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung – einen Überblick über das abgelaufene Haushaltsjahr 2012, das aktuelle Jahr 2013 sowie perspektivisch auf die Jahre 2014 – 2016 geben.

Haushaltsjahr 2012

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 16.12.2011 die Haushaltssatzung für das **Jahr 2012** mit einem **Gesamtvolumen** in Höhe von **75,652 Mio. €** beschlossen.

Im Verwaltungshaushalt konnte durch den überraschend stabilen gesamtwirtschaftlichen Aufschwung, der auch zu einer allgemeinen Verbesserung der kommunalen Finanzsituation führte, eine Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von **1.393.000 €** eingeplant werden.

Im Vermögenshaushalt waren zur anteiligen Finanzierung der Investitionen neue **Kredite von 5,8 Mio. €** vorgesehen. **Rücklagenmittel** konnten zur Finanzierung nicht mehr eingeplant werden, nachdem die Allgemeine Rücklage bis auf den gesetzlich vorgeschriebenen Mindeststand abgebaut war.

Der **Nachtragshaushalt für 2012** wurde vom Gemeinderat am 24.10.2012 be-

geschlossen. Die ursprünglich geplante **Zuführung** an den Verwaltungshaushalt konnte durch die Verbesserung der Finanzsituation und im Laufe des Jahres eingeleiteten weitere deutliche Konsolidierungsmaßnahmen um 2,714 Mio. € auf **4,107 Mio. € erhöht** werden. Die geplanten **Kreditaufnahmen** wurden von 5,8 Mio. € auf **4,5 Mio. € verringert**.

Im vorläufigen **Rechnungsergebnis 2012** stehen den Erträgen des Verwaltungshaushaltes von 69,793 Mio. € Aufwendungen von 59,918 Mio. € gegenüber, so dass ein endgültiger **Überschuss** als **Zuführung** an den Vermögenshaushalt von **9,874 Mio. €** verbucht werden kann.

Im Vergleich Nachtrag und Rechnungsergebnis 2012 liegt damit eine **Verbesserung um rd. 5,767 Mio. €** vor (Vergleich Ursprungsplanung und Rechnungsergebnis 2012: 8,481 Mio. €).

Höhere Erträge von 2,844 Mio. € (= 4,25%) sowie **Einsparungen** von 2,923 Mio. € (= 4,66%) haben zur Ergebnisverbesserung gegenüber der Nachtragsplanung beigetragen.

Die Ergebnisverbesserung ist hauptsächlich auf folgende Faktoren zurückzuführen:

• Gewerbesteuer	+ 0,919 Mio. €
• Schlüsselzuweisungen	+ 0,669 Mio. €
• Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	+ 0,712 Mio. €
• Personalaufwendungen	- 0,107 Mio. €
• Grundstücks- und Gebäudeunterhaltung	- 0,186 Mio. €
• Bewirtschaftung der Grundstücke u. baul. Anlagen-	- 0,317 Mio. €
• Weiterer Verwaltungs- und Betriebsaufwand	- 0,406 Mio. €
• Steuern, Geschäftsaufwand u.a.	- 0,443 Mio. €
• Zuweisungen und Zuschüsse	- 0,554 Mio. €
• Sonstiges	- 1,454 Mio. €

Die **Gewerbesteuer** entwickelte sich im abgelaufenen Jahr sehr positiv. In der Nachtragsplanung konnte der Ansatz gegenüber Urplanung um 2,7 Mio. € auf 15,9 Mio. € erhöht werden. Das Rechnungsergebnis liegt nun bei 16,819 Mio. €. Die Gesamtentwicklung der Gewerbesteuer im Zeitraum 2004 – 2016 ist als Schaubild in Anlage 1 beigefügt.

Der **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** hat sich ebenfalls positiv entwickelt. Bei Planaufstellung mussten wir von einem Gesamtgemeindeanteil von 4,35 Mrd. € ausgehen. In der Nachtragsplanung wurde der Gesamtgemeindeanteil auf Grund der Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung auf 4,4 Mrd. € erhöht. Tatsächlich war dann ein Gesamtgemeindeanteil von 4,636 Mrd. € Berechnungsgrundlage für unseren endgültigen städtischen Anteil, der mit 13,959 Mio. € die Planerwartungen damit um rd. **0,712 Mio. € übertroffen** hat. Der hohe Anteil an der Einkommensteuer ist auf die weiterhin gute Beschäftigungsquote in Deutschland mit dem damit verbundenen hohen Einkommensteueraufkommen zurückzuführen.

Auch die **Schlüsselzuweisungen** (allgemeine Finanzzuweisungen) liegen im Rechnungsergebnis um rd. **0,669 Mio. € höher als geplant**. Diese Erhöhung ist auf die positive gesamtwirtschaftliche Konjunktorentwicklung gegenüber den Orientierungsdaten des Haushaltserlasses 2012 zurückzuführen.

Die aus dem Jahr 2011 übertragene **Kreditermächtigung** wurde nicht in Anspruch genommen. Auch die geplante Kreditermächtigung für 2012 mit 4,5 Mio. € (Ausgangsplanung: 5,8 Mio. €) wurde ebenfalls nicht benötigt. Aufgrund der bereits beschriebenen positiven Entwicklung 2012 kann auf die Übertragung dieser Kreditermächtigung ins Jahr 2013 verzichtet werden.

Damit ist für den städtischen Kernhaushalt erstmals seit Jahren ein Jahr der „echten“ Nullverschuldung gelungen. Die Gesamtverschuldung der Stadt **zum 31.12.2012** liegt aber immer noch bei **82,9 Mio. €** (Kernhaushalt: 26,0 Mio. €, Stadtwerke: 56,9 Mio. €) und die Pro-Kopf-Verschuldung der Gesamtstadt beträgt **2.346,38 €**.

Der **Allgemeinen Rücklage** kann mit dem Jahresabschluss 2012 erstmals seit Jahren wieder ein deutlicher Betrag zugeführt werden. Insbesondere die konjunkturelle Belebung der Gesamtwirtschaft und die umfangreichen Konsolidierungsbemühungen trugen zu dieser Ergebnisverbesserung bei. Der Überschuss des Vermögenshaushaltes in Höhe von **6,767 Mio. €** konnte der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden. Diese weist zum 31.12.2012 einen Stand von **8,056 Mio. €** aus. Die gesetzliche Mindestrücklage unter Berücksichtigung der Haushalts-/Finanzplanung 2013 von 1,550 Mio. € darf nicht unterschritten werden, so dass letztendlich von der gesamten Rücklage lediglich 6,506 Mio. € zur Finanzierung künftiger Investitionen zur Verfügung stehen.

Diese Ergebnisverbesserung 2012 ist allerdings auch dringend notwendig. Die Haushaltssatzung 2012 wurde vom RP Karlsruhe nur unter Auflagen genehmigt. Die Auflagen beinhalten u.a. die Aufforderung, mögliche Verbesserungen durch Mehrerträge oder Minderaufwendungen in vollem Umfang zur Verminderung des Kreditbedarfes zu verwenden. Zur Erhaltung der dauerhaften Leistungsfähigkeit ist eine deutliche Reduzierung der Verschuldung anzustreben, so dass die Generationengerechtigkeit gewährleistet werden kann. Besonders aus diesen Gründen sind die Verbesserungen im Rechnungsergebnis ausschließlich zur Reduzierung der Verschuldung zu verwenden.

Ein weiteres zentrales Thema stellen die **Haushaltsreste** dar. Im **Verwaltungshaushalt** konnten die Haushaltsreste um rd. **0,670 Mio. €** abgebaut werden. Auf Grund ausstehender Schlussrechnungen müssen in der Summe **1,410 Mio. €** auf neue Rechnung nach 2013 vorgetragen werden.

Im **Vermögenshaushalt** sind die **Haushaltsreste** dagegen geringfügig wieder angestiegen. Somit wurden die **Haushaltsausgabereste** auf **15,039 Mio. €** (Plus 1,295 Mio. €) erhöht und die **Haushaltseinnahmereste** konnten auf **8,740 Mio. €** (Minus 3,947 Mio. €) u. a. durch den nicht benötigten Vortrag der Kreditermächtigung abgebaut werden.

Die Übersicht über die Entwicklung der Zuführungsraten 2004 - 2016 ist diesem Bericht als Anlage 2 beigelegt.

Haushaltsjahr 2013

Der Haushalt für das laufende Jahr wurde am 14.12.2012 und damit rechtzeitig vor Beginn des neuen Wirtschaftsjahres vom Gemeinderat beschlossen.

Bei einem Gesamtvolumen von 93,749 Mio. € gab es **folgende Eckwerte**:

- Überschuss im Verwaltungshaushalt 5,365 Mio. €
- neue geplante Kreditaufnahmen 3,600 Mio. €
- Rücklagenentnahme 0,00 Mio. €
- Verpflichtungsermächtigungen 6,079 Mio. €

Die **Haushaltsgenehmigung** wurde erneut nur unter Auflagen erteilt. Obwohl die bisherigen Konsolidierungsbemühungen vom Regierungspräsidium ausdrücklich gewürdigt wurden, wird die Stadt weiter zur Konsolidierung angehalten und mögliche Verbesserungen im Haushaltsvollzug sind ausschließlich zur Reduzierung der Verschuldung einzusetzen. Darüber hinaus besteht die Verpflichtung, dem RP regelmäßig über die Entwicklung der Haushaltslage zu berichten.

Gegenüber der Haushaltsplanung hat sich die **Haushaltswirtschaft 2013 verbessert**, wie nachfolgende Tabelle aufzeigt:

Verwaltungshaushalt

Ertrags-/ Aufwandsart	Plan €	RE heute 22.05.2013 €	RE 31.12.2013 Hochrechnung €	RE 31.12.2012 Vergleich VJ €	voraussichtl. Abwei- chung Plan - RE 31.12.2013 €
Ertragsart					
Grundsteuern	4.110.000,00	4.224.302,45	4.230.000,00	4.241.726,11	+ 120.000,00
Gewerbesteuer	15.200.000,00	15.890.716,36	16.000.000,00	16.819.369,20	+ 800.000,00
Gemeindeanteil EKSt.	14.451.000,00	3.682.377,08	14.451.000,00	13.958.673,84	+ 0,00
FAG-Zuweisungen	15.822.000,00	3.286.217,20	15.820.000,00	14.216.456,30	-2.000,00
Familienleistungsausgleich	1.291.000,00	322.295,30	1.290.000,00	1.250.644,00	-1.000,00
Gebühren u. ähnl. Entgelte	2.586.000,00	1.170.743,11	2.625.000,00	2.793.470,11	+ 39.000,00
Verkauf, Vermietung, Verpachtung	1.986.400,00	1.488.237,65	2.035.000,00	2.082.451,98	+ 48.600,00
Zwischensumme Erträge					+ 1.004.600,00
Aufwandsart					
Personalaufwand	16.978.700,00	6.562.958,04	16.950.000,00	15.917.042,09	-28.700,00
Gewerbesteuerumlage	2.835.000,00	895.782,26	2.984.000,00	3.167.410,39	+ 149.000,00
Unterhaltung Grundstücke und Gebäude	3.970.800,00	246.463,94	4.300.000,00	3.864.789,84	+ 329.200,00
Zuweisungen/Zuschüsse	7.055.800,00	2.707.427,17	7.035.000,00	5.912.485,49	-20.800,00
Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	10.082.800,00	2.181.817,76	10.060.000,00	9.064.750,81	-22.800,00
Zwischensumme Aufwand					+ 405.900,00
Summe					+ 598.700,00

Aus heutiger Sicht ist daher von einer **Ergebnisverbesserung** von rd. **600.000 €** auszugehen, so dass zum Jahresende eine **Zuführung an den Vermögenshaushalt** von rd. **6,0 Mio. €** erwartet werden kann.

Den Löwenanteil an dieser Verbesserung trägt erneut die positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer.

Im Hinblick auf den seit Jahren vorhandenen Sanierungsstau kann ein Teil der erwarteten Verbesserung zur Aufstockung der Grundstücks- und Gebäudeunterhaltungsmittel eingesetzt werden. Diese Thematik ist in der zuvor dargestellten Tabelle bereits berücksichtigt.

Unter Abzug der Tilgungsleistungen von rd. 1,1 Mio. € verbleiben als **Eigenfinanzierungsquote im Vermögenshaushalt voraussichtlich rd. 4,9 Mio. €**. Im Hinblick auf die geplanten Investitionen und vor allem den Sanierungs- und Investitionsstau unserer Stadt (z.B. Schulen, Hallen, Straßen) ein **absolut notwendiger, aber immer noch nicht auskömmlicher Betrag**.

Es geht daher kein Weg daran vorbei, **weitere deutliche Konsolidierungsmaßnahmen** in Angriff zu nehmen.

Vermögenshaushalt

Der **Vermögenshaushalt** 2013 läuft bis zur Abfassung dieses Finanzzwischenberichts nahezu plangemäß.

Die schon beschriebenen **positiven Effekte aus dem laufenden Betrieb** (Verwaltungshaushalt 2013) mit einer Verbesserung von rd. 0,6 Mio. € könnten aus heutiger Sicht dazu führen, dass im Nachtrag für 2013 die geplante **Kreditermächtigung** von 3,6 Mio. € **auf 3,0 Mio. € reduziert** werden kann. Die weitere Entwicklung bis zur Nachtragerstellung (Beschlussfassung ist für den 12.11.2013 geplant) wird zeigen, ob diese Erwartung dann auch umsetzbar ist oder ob sogar eine weitere Reduzierung der geplanten Kreditermächtigung erfolgen kann.

Stand heute bleibt festzuhalten, dass die letzte Kreditaufnahme am 05.04.2011 erfolgt ist und wir seit diesem Zeitpunkt den wichtigen Weg des Abbaus der Schulden konsequent verfolgen.

Der eingeschlagene Weg der **strikten Konsolidierung** und der Priorisierung nach Notwendigkeit von Maßnahmen muss weiterhin zielstrebig fortgesetzt werden, wenn diese Haushaltspolitik auch künftig erfolgreich sein soll. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die unseren städtischen Haushalt in den Jahren 2009 – 2011 mit voller Wucht getroffen haben, sind immer noch nicht überwunden. Die ersten Anzeichen einer erneuten Krise sind da. Nach Auffassung vieler Experten werden wir dies ab 2014 auch in unserem kommunalen Haushalt spüren. Die spannende Frage ist allerdings, wie heftig diese „Rezession“ ausfallen wird.

Sofern wir den eigenen Weg der Konsolidierung unbeirrt fortführen, werden wir kleinere Krisen verkraften können. Gegen gesamtwirtschaftliche Turbulenzen wie in den Jahren 2009 – 2011 mit den damit verbundenen millionenschweren Ertragsausfällen im städtischen Haushalt sind wir allerdings auch heute noch machtlos.

Haushaltsjahre 2014ff.

Die Finanzplanung als Anlage zum Haushalt 2013 geht für den Zeitraum **2014 - 2016** von folgenden Parametern aus:

• Überschüsse im Verwaltungshaushalt	11,200 Mio. €
• neue geplante Kreditaufnahmen	7,600 Mio. €
• Tilgungsleistungen	4,350 Mio. €
• Investitionsvolumen	27,435 Mio. €
• Rücklagenentnahme	0,000 Mio. €

Diese Eckdaten wurden unter anderem auf Grundlage der Vorgaben des überaus positiven Haushaltserlasses 2013 der Landesregierung vom 24.09.2012 und dessen Aktualisierung durch die Oktober-Steuerschätzung 2012 erarbeitet.

Die darin enthaltene prognostizierte sehr positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung wurde dann im Rahmen der bundesweiten Steuerschätzung vom Mai 2013 nochmals überraschend bestätigt, obwohl viele Fachleute bereits hier einen Rückgang erwartet haben.

Die Stunde der Wahrheit war am 31.05.2013 mit Bekanntgabe der Zensus-Daten. Demnach haben wir gegenüber der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1987 einen absoluten Rückgang von rd. 700 Einwohnern zu verkräften. Der prozentuale Rückgang liegt bei rd. 2,00 % im Vergleich zum landesweiten Rückgang von 2,60 %.

Die verfügbare Finanzausgleichsmasse im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs, aus der wir insbesondere die für uns so wichtigen Schlüsselzuweisungen erhalten, verändert sich durch die neuen Bevölkerungszahlen nicht. Nachdem unser eigener Bevölkerungsrückgang prozentual unter dem landesweiten Rückgang liegt, zählen wir damit indirekt nicht zu den „Verlierern“ des Zensus 2011. Abzuwarten bleibt jedoch, ob das Land die aktuellen Zahlen nicht zum Anlass nimmt, insgesamt in den Finanzausgleich zugunsten des Landeshaushalts und zum Nachteil der kommunalen Haushalte einzugreifen.

Die Diskussion über eine Änderung der seit Jahrzehnten bestehenden ungerechten Verteilung der Finanzzuweisungen zulasten der Flächenkommunen, zu denen auch unsere Stadt zählt, wird aktuell vor dem Hintergrund der Zensuszahlen wieder intensiver geführt. Es bleibt zu hoffen, dass die für uns so wichtige Finanzstrukturreform vom Landesgesetzgeber endlich aufgegriffen wird.

Jörg Albrecht
Oberbürgermeister

Ulrich Landwehr
Stadtkämmerer

Anlagen:

1. Entwicklung Gewerbesteuer 2004 - 2016
2. Entwicklung der Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt 2004 - 2016